

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses  
Jugendhilfeplanung am 13.03.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Bildung  
Schopenhauerstraße 4  
Raum 117  
06114 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17.55 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

**Vorsitzender**

Herr Kramer

Freier Träger

Frau Heike Wießner

CDU-Fraktion

Frau Ute Haupt

DIE LINKE.

Frau Hanna Haupt

SPD

Frau Sabine Wolff

NEUES FORUM

Frau Katja Raab

FDP-Fraktion

Frau Kerstin Masur

Freier Träger

Frau Sylvia Plättner

Freier Träger

Herr Christian Deckert

Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Katharina Brederlow

Verwaltung

Frau Antje Klotsch

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Kramer**, Vorsitzender, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2013
  
4. Bericht zur Schulsozialarbeit
- 4.1. Diskussion
  
5. Vergabeverfahren Fördermittel - Erfahrungen aus dem Jahr 2012
- 5.1. Vorstellung der Rückmeldungen
- 5.2. Diskussion
  
6. Anträge von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
7. schriftliche Anfragen von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
  
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung von Frau Plättner, stimmb. Mitglied (Freie Träger) zum Betreuungsschlüssel KiFöG aus Trägersicht
  
9. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Kramer**, Vorsitzender, fragte an, ob es Wünsche zur Tagesordnung gibt. Dies wurde verneint.

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen bestätigt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2013
4. Bericht zur Schulsozialarbeit
  - 4.1. Diskussion
5. Vergabeverfahren Fördermittel - Erfahrungen aus dem Jahr 2012
  - 5.1. Vorstellung der Rückmeldungen
  - 5.2. Diskussion
6. Anträge von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
7. schriftliche Anfragen von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
8. Mitteilungen
  - 8.1. Mitteilung von Frau Plättner, stimmb. Mitglied (Freie Träger) zum Betreuungsschlüssel KiFöG aus Trägersicht
9. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

### **zu 3            Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2013**

---

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), möchte ihre Antwort zu TOP 8 (öffentlicher Teil), S.6 bezüglich der Frage von Frau Wolff zur Inklusion korrigiert haben, die Aussagen nach dem ersten Satz sind nicht korrekt und sollen gestrichen werden. Weiterhin sollen ihre Aussagen zu TOP 8, S.7 dahingehend geändert werden, dass es keine Mail von Herrn Rochau gab, sondern ein Treffen der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände mit Herrn Dr. Wiegand und Herrn Rochau.

**Herr Deckert**, FB Bildung, sagt die Änderungen in der Niederschrift vom 13.02.2013 zu.

Die Niederschrift vom 13.02.2013 wird mit den genannten Änderungen genehmigt.

#### zu 4 Bericht zur Schulsozialarbeit

---

**Frau Heimbach** und **Frau Schlademann**, Netzwerkstelle „Schulerfolg für (H)alle“, berichten über die Schulsozialarbeit des ESF-Programms „Schulerfolg sichern!“. Die Powerpoint-Präsentation wird der Niederschrift als Anhang beigefügt.

**Herr Gerstner**, FB Bildung, berichtet über den Stand der Schulsozialarbeit über „Bildung und Teilhabe“. Die Powerpoint-Präsentation wird der Niederschrift als Anhang beigefügt.

**Herr Deckert**, FB Bildung, gibt einen Ausblick zur weiteren Planung Schulsozialarbeit. Der Ausblick ist in der Powerpoint-Präsentation der Schulsozialarbeit über „Bildung und Teilhabe“ enthalten und ist der Niederschrift als Anhang beigefügt.

#### zu 4.1 Diskussion

---

**Frau Masur**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), fragt, warum die Grundschulen mit besonderem Bedarf in der Prioritätenliste des Ausblicks so weit hinten zu finden sind.

**Herr Deckert**, FB Bildung, antwortet, dass auch Angebote an Horten über LB II gefördert werden.

**Frau Masur**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), fragt, warum ein Bedarf für eine weitere Fachstelle Schulsozialarbeit in der Stadtverwaltung gesehen wird, wo es doch schon so viele Koordinatoren gibt.

**Herr Deckert**, FB Bildung, antwortet, dass die Koordination über Bildung und Teilhabe zum 31.12.2013 ausläuft und das Ziel für die Zeit danach die Schaffung einer Fachstelle in kommunaler Finanzierung ist.

**Frau Raab**, FDP, äußert bezüglich einer Fachstelle Schulsozialarbeit Bedenken hinsichtlich des Stellenplans der Stadt und fragt nach der Abgrenzung der Netzwerkstelle „Schulerfolg für (H)alle“ und der kommunalen Fachstelle.

**Herr Deckert**, FB Bildung, antwortet, dass die Netzwerkstelle „Schulerfolg für (H)alle“ vom Land finanziert wird und für das ESF-Programm „Schulerfolg sichern!“ zuständig ist. Schulsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe liegt jedoch nach § 27 SGB I in grundsätzlicher Zuständigkeit der Kommune, weswegen eine kommunale Fachstelle angestrebt wird.

**Frau Raab**, FDP, fragt, wozu eine kommunale Fachstelle benötigt wird, wenn nach Auslaufen der Bildung und Teilhabe-Finanzierung keine entsprechenden Angebote der Schulsozialarbeit vorhanden sind. Sie merkt an, dass es auch bei anderen Leistungen nach Fördermittelrichtlinie ihres Wissens keine Koordinationsstelle gibt.

**Herr Deckert**, FB Bildung, antwortet, dass Schulsozialarbeit kommunale Aufgabe ist. Auch bei anderen Leistungen gibt es Koordinationsstellen, z.B. für die Jugendberufshilfe über „Aktiv in der Region“.

**Herr Kramer**, Vorsitzender, fasst zusammen, dass eine Schärfung der angestrebten kommunalen Fachstelle hinsichtlich des Stellenplans erfolgen sollte.

**Frau Raab**, FDP, fragt nach der Rolle der Schulsozialarbeit an Grundschulen und möglichen Synergien in der Zusammenarbeit von Grundschule, Schulsozialarbeit und Horten.

**Herr Gerstner**, FB Bildung, antwortet, dass es verschiedene Modelle der Zusammenarbeit gibt. So gibt es Schulsozialarbeiter, die direkt an der Grundschule arbeiten sowie andere, die an Grundschule und Hort tätig sind. Weiterhin gibt es über LB II Sozialarbeiter, die nur an Horten tätig sind. Die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen ist unterschiedlich ausgeprägt.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), bestärkt die Wichtigkeit von Schulsozialarbeit an Grundschulen, da sonst in der sozialpädagogischen Unterstützung zwischen Kita und Sekundarschulen eine Lücke entstehen würde. Sie fragt nach, ob die im Ausblick beschriebenen Indikatoren auch für Grundschulen gelten. Außerdem äußert sie Bedenken hinsichtlich der Notwendigkeit eines weiteren Fachgremiums, da Ressourcen nur begrenzt zur Verfügung stehen und die Ziele für sie nicht klar formuliert sind.

**Herr Deckert**, FB Bildung, antwortet zu den Grundschulen, dass die Träger im Antragsverfahren die Situation an den Schulen beschreiben, einen entsprechenden Antrag stellen und die Kommune (JHA) diesen nach Prüfung bescheidet. Bezüglich des Fachgremiums erklärt Herr Deckert, dass der bestehende Qualitätszirkel sich als AG nach §78 SGB VIII mit inhaltlichen Aufgaben der Jugendhilfe an Schule beschäftigt. Es gibt jedoch kein stadtweites Gremium, welches bereichs- und rechtskreisübergreifend für Belange der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zuständig ist. Der kommunale Bildungsausschuss ist hier nur für die Gebäude und bewirtschaftendes Personal verantwortlich. Fachlich ist Schule beim Land angegliedert. Deshalb benötigt es ein Gremium, das unter Mitarbeit der entsprechenden Institutionen den Stadtrat zum Thema Schule-Jugendhilfe berät. Es gibt eine Zusage des Landesschulamtes sowie des Jobcenters, in einem solchen Gremium mitzuwirken.

**Frau Ute Haupt**, LINKE, fragt nach, welche Rolle Schule bei der Novellierung des ESF-Programmes spielt.

**Frau Heimbach**, Netzwerkstelle „Schulerfolg für (H)alle“, antwortet, dass die Zusammenarbeit mit Schule aus Sicht der Jugendhilfe oft problematisch ist und nur langfristig angegangen werden kann.

**Herr Kramer**, Vorsitzender, fragt nach, ob die in den Indikatoren beschriebenen Daten überhaupt zugänglich sind?

**Herr Gerstner**, FB Bildung, bejaht dies.

**Herr Kramer**, Vorsitzender, äußert Diskussionsbedarf hinsichtlich der Prioritätensetzung, vor allem hinsichtlich einer höheren Priorisierung von Grundschulen. Auch befürwortet er eine Aufnahme der Gymnasien in die Prioritätenliste. Zur kommunalen Fachstelle äußert er, dass dies eine Frage des Aufgabenbereichs und nicht des Stellenumfangs ist. Er hält eine solche Fachstelle im FB Bildung für sehr wichtig als Ansprechpartner für die Träger.

## **zu 5 Vergabeverfahren Fördermittel - Erfahrungen aus dem Jahr 2012**

---

**Herr Deckert**, FB Bildung, erklärt vorab, dass die Jugendhilfeplanung bis 2014 sowie die Fördermittelrichtlinie aufgrund Stadtratsbeschluss bzw. Beschluss JHA gültig sind.

### **zu 5.1 Vorstellung der Rückmeldungen**

---

**Herr Deckert**, FB Bildung, stellt die Fragen an und Rückmeldungen durch die Träger zum Vergabeverfahren Fördermittel vor. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anhang beigelegt.

### **zu 5.2 Diskussion**

---

**Frau Masur**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), gibt an, dass ihr nicht bekannt ist, dass die Freien Träger zur Thematik angeschrieben wurden. Sie fragt nach, wie sie angeschrieben wurden und wie viele Träger geantwortet haben.

**Herr Deckert**, FB Bildung, wird die Frage schriftlich beantworten.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), erinnert sich, dass das Thema im Rahmen des Qualitätszirkels §11 angesprochen wurde, nicht jedoch bei den Trägern angefragt.

**Herr Deckert**, FB Bildung, erklärt, dass es im Qualitätszirkel §11 eine Erinnerung zum Thema gab, keine erstmalige Anfrage.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle, findet die Aussagen und Daten nicht aussagekräftig und hält deshalb eine Auswertung ohne zusätzliche Informationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für möglich.

**Herr Deckert**, FB Bildung, hält eine fachliche Diskussion für möglich.

**Herr Kramer**, Vorsitzender, schlägt vor, die Inhalte heute zu diskutieren, die Antwort Herrn Deckerts zum Zustandekommen der Rückmeldungen in der April-Sitzung.

**Frau Masur**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), plädiert für eine Vertagung, da die Daten nicht aussagekräftig sind.

**Frau Raab**, FDP, stimmt zu, dass das Verfahren der Beteiligung hinterfragt werden muss, findet das Ergebnis in Form einer Verwaltungsvereinfachung allerdings gut.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), gibt an, dass die LIGA der freien Wohlfahrtsverbände in Beratung zu dem Thema ist, jedoch noch keine endgültigen Aussagen beschlossen hat. Sie ist für eine Weiterdiskussion in der April-Sitzung.

**Herr Deckert**, FB Bildung, äußert Unverständnis hinsichtlich der fehlenden Zusammenarbeit der LIGA mit dem FB Bildung in dieser Angelegenheit, vor allem da Frau Plättner ja intensiv für die Behandlung des Themas in dieser Sitzung war.

**Herr Kramer**, Vorsitzender, schlägt folgendes Verfahren vor: Punkt 5 wird in die nächste Sitzung vertagt, der Vorschlag der Verwaltung zur Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens wird jetzt diskutiert.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt. Punkt 5 wird in die nächste Sitzung vertagt. Die weitere Diskussion bezieht sich ausschließlich auf den Vorschlag der Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens.

**Herr Kramer**, Vorsitzender, fragt nach, ob die Anträge leistungsbezogen oder personenbezogen zu stellen sind. Was kann in einem Antrag zusammengefasst werden?

**Herr Deckert**, FB Bildung antwortet, die Anträge sind wie bisher leistungsbezogen zu stellen. Es muss analog zum angegebenen Beispiel ein Sachzusammenhang gegeben sein, dann ist eine Zusammenlegung möglich.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger) äußert weiteren Nachdenkbedarf hierzu.

Es gibt keine weiteren Rückmeldungen.

#### **zu 6        Anträge von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung**

---

Es liegen keine Anträge vor.

#### **zu 7        schriftliche Anfragen von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

#### **zu 8        Mitteilungen**

---

##### **zu 8.1     Mitteilung von Frau Plättner, stimmb. Mitglied (Freie Träger) zum Betreuungsschlüssel KiFöG aus Trägersicht**

---

**Frau Plättner**, stimmberecht. Mitglied (Freie Träger), stellt die Änderungen des KiFöG aus Trägersicht vor. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anhang beigefügt. Sie fasst anschließend zusammen, dass sich bei den meisten Angeboten der Personalbedarf

zunächst kaum ändert. Es sei aber eine Erhöhung durch die Ausschöpfung des Ganztagsanspruches möglich.

**Frau Wießner**, CDU, fragt, wie der Personalschlüssel bei Integrationskindern ist.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), antwortet, dies sei im KiFöG nicht berücksichtigt.

**Frau Wießner**, CDU, betont, dass beim Thema Integrationskinder keine zusätzlichen Erzieher, sondern vielmehr Sozial- und Heilpädagogen nötig seien.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), bestätigt dies und bekräftigt, dass es sich hier vor allem um einen zusätzlichen sozialpädagogischen Bedarf handelt, der sich besonders an Grundschulen und Horten immer mehr zeigt.

Es gibt keine weiteren Nachfragen und Anmerkungen.

## zu 9 Themenspeicher

---

**Herr Deckert**, FB Bildung, fragt nach, welche konkreten Anliegen mit dem Thema „ISW-Studie“ und Jugend(sozial)arbeit in der nächsten Sitzung bearbeitet werden sollen.

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), antwortet, dass sie sich Aussagen zur Bedarfsentwicklung bezogen auf Horte und Jugendhilfe erhofft. Außerdem stellt sich die Frage des Fachkräftemangels sowie der Einschätzung des Personalbedarfs bei den Freien Trägern sowie dem EB Kita.

**Herr Deckert**, FB Bildung, verweist hierzu auf die geplante Juni-Sitzung sowie den Qualitätszirkel §§ 13 und 11. Dort seien entsprechende Aussagen zur Jugendsozialarbeit in Arbeit.

Der Punkt ISW wird anschließend einstimmig aus dem Themenspeicher gestrichen. Der neue Themenspeicher wird der Niederschrift als Anhang beigefügt.

## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), fragt nach, wann eine AG §78 SGB VIII zu Kita geplant ist. Laut Frau Brederlows Aussage im Jugendhilfeausschuss sollte diese im Februar starten.

**Herr Deckert**, FB Bildung, Verwaltung wird die Frage zur nächsten Sitzung beantworten.

## zu 11     **Anregungen**

---

**Frau Plättner**, stimmb. Mitglied (Freie Träger), regt für die geplante Anfrage zum Kita-Personal im April an, ein einheitliches Raster zu erstellen.

---

Brederlow  
Amtierende Fachbereichsleiterin

---

Uwe Kramer  
Ausschussvorsitzender

---

Gerstner  
Protokollführer i.V.